

Heike Holbig

Chinas neue Regierung Zur Sicherung politischer Legitimität nach dem X. Nationalen Volkskongress

Gliederung

- 1 Einleitung
- 2 Personelle Entscheidungen und ihre Implikationen
 - 2.1 Die neue Regierungsmannschaft
 - 2.2 Abstimmungsverhalten im NVK: Bonus für die „Neuen“
- 3 Inhaltliche Prioritäten
 - 3.1 Wirtschafts- und sozialpolitische Probleme und Maßnahmen
 - 3.2 Neue Runde der Verwaltungsreform: Große Ziele, bescheidener Anlauf
- 4 Betonung der „Volksnähe“ – eine tragfähige Legitimierungsstrategie?

1 Einleitung

Mit dem X. Nationalen Volkskongress (NVK), der vom 5. bis zum 18. März in üblicher Routine in Beijing zu seiner ersten Jahrestagung zusammentrat, ist eine über zweijährige Übergangsperiode vorerst zu Ende gegangen. Während dieser Periode war die chinesische Politik in erster Linie damit beschäftigt gewesen, einen umfassenden Generationswechsel der parteistaatlichen Führung vorzubereiten und zu vollziehen. Die Einsetzung einer neuen Regierungsmannschaft bildet den vorläufigen Abschluss eines umfassenden Wechsels von der „dritten“ – gemeint sind die Generationen Mao Zedongs, Deng Xiaopings und zuletzt Jiang Zemin – auf die „vierte Führungsgeneration“ der in den späten 1930er und 1940er Jahren Geborenen,¹ die nunmehr in die Spitzenpositionen von KPCh, Regierung und Armee aufgerückt sind. Zwar ist die dritte Führungsgeneration insbesondere in der Gestalt von Jiang Zemin selbst, der den Vorsitz der Zentralen Militärkommission vorerst beibehalten hat, noch nicht vollständig abgetreten, und es ist davon auszugehen, dass sie im Hintergrund weiterhin politischen Einfluss entfalten wird. Jedoch ist nach den personellen Entscheidungen des XVI. Parteitags der KPCh vom November 2002² und

¹Eine detaillierte Beschreibung und Charakterisierung der neuen Führungsgeneration findet sich in dem Buch Cheng Li, *China's Leaders. The New Generation*, Lanham, MD: Rowman and Littlefield Publishers, Inc., 2001.

²Heike Holbig, „Der XVI. Parteitag der KPCh. Teil I: Die neue Führungsgeneration“, in: C.a., 2002/11, S.1263-1275.

dem jüngst zusammengetretenen X. NVK im März 2003 die neue Führungsmannschaft nun weitgehend komplett aufgestellt, sodass die Politik sich verstärkt wieder inhaltlichen Fragen zuwenden kann und muss.

Vor diesem Hintergrund eines weitgehend abgeschlossenen Generationswechsels stellt sich die Frage, wie die neue Führung ihre politische Legitimität sichert bzw. neu erschafft. Diese Frage erscheint umso wichtiger, als die neue Führungsgeneration endgültig keinen biographischen Anspruch auf Teilhabe an den revolutionären Erfahrungen der frühen Parteigeschichte, des Langen Marsches, des Anti-Japanischen Krieges und der Gründung der Volksrepublik China erheben kann, wie dies die vorangegangenen Generationen, wenn auch mit abnehmender Glaubwürdigkeit und „Authentizität“, noch tun konnten. Die formativen biographischen Erfahrungen der vierten Führungsgeneration reichen vielmehr nur noch auf die Periode der „Kulturrevolution“ und der anschließenden Reformperiode zurück, die eine erhebliche ideologische Ernüchterung mit sich brachten. Der neue, auf wirtschaftliche Entwicklung fokussierte Pragmatismus, der an die Stelle traditioneller revolutionärer Werte getreten ist, reicht jedoch nicht – bzw. immer weniger – aus, um die politische Legitimität einer staatlichen Führung zu sichern, die sich nach wie vor auf „kommunistische“ bzw. „sozialistische“ Grundwerte beruft. Dies gilt umso mehr, als die wirtschaftliche Entwicklung des Landes zunehmend auf Probleme stößt, die teilweise extern, in der Mehrzahl aber durch interne strukturelle Defizite bedingt sind. Damit ist ein Vakuum politischer Legitimität entstanden, das die neue Führung zu füllen herausgefordert ist.

Der vorliegende Beitrag widmet sich den ersten Versuchen der auf dem X. NVK neu eingesetzten Regierung, dieser Herausforderung der Sicherung politischer Legitimität gerecht zu werden. Vor dem Hintergrund der wichtigsten personellen, inhaltlichen und organisatorischen Entscheidungen, die auf der jüngsten NVK-Tagung getroffen wurden, sollen verschiedene Strategien der Legitimierung, ihre Auswirkungen auf die weitere Ausgestaltung der Politik der Zentralregierung, aber auch die Grenzen dieser Strategien analysiert werden.³

2 Personelle Entscheidungen und ihre Implikationen

Stärker als in vielen vorangegangenen Jahren wurde der Routineablauf der jüngsten NVK-Tagung neben der Diskussion der üblichen Rechenschaftsberichte der verschiedenen Staatsorgane von personellen Entscheidungen dominiert. Im März 1998, als zuletzt die Einsetzung einer neuen Regierungsmannschaft auf der Agenda stand,

³Wo nicht anders angegeben, stützt sich der folgende Beitrag auf die offizielle Berichterstattung der staatlichen chinesischen Medien, wie sie sich im Monat März in den Beiträgen des Parteiorgans *Volkszeitung* (RMRB) und der Nachrichtenagenturen Xinhua und Zhongguo Xinwen She niederschlug. Einen Überblick über wichtige Ergebnisse und Dokumente der ersten Jahrestagung des X. NVK gibt außerdem die Sonderseite der chinesischen Regierung zum X. NVK www.lianghui.org.cn/chinese/zhuanti/267320.htm (zuletzt am 8.4.2003 besucht), die neben chinesischsprachigen auch ausgewählte Dokumente in englischer und deutscher Sprache eingestellt hat.

brachte der damalige IX. NVK zugleich außerdem eine groß angelegte Strukturreform des Staatsrats auf den Weg.⁴ Zwar einigte man sich auch auf der jüngsten X. NVK-Tagung auf verschiedene administrative Reformmaßnahmen, doch fielen diese, wie unten zu zeigen sein wird, deutlich bescheidener aus als ursprünglich anvisiert. Geplante Verfassungsänderungen wurden aus Zeitgründen auf einen späteren Termin verschoben.⁵ Die Dominanz personeller Entscheidungen ist darauf zurückzuführen, dass anders als vor fünf Jahren der diesjährigen Regierungsneubildung ein umfassendes Revirement auch der KPCh-Führungsgremien vorausgegangen war – ein Prozess, in dem diesmal gewissermaßen alle Karten neu gemischt wurden und der dementsprechend aufwändige Vorbereitungen und Abstimmungen nötig machte.

Bei der Besetzung der höchsten Führungsämter im zentralen Staatsapparat gab es kaum Überraschungen. Die Kandidaten standen bereits seit längerem fest – im Fall des Staatspräsidenten und des Ministerpräsidenten etwa schon seit über zwei Jahren, in anderen Fällen spätestens seit dem XVI. Parteitag im November 2002. Dieser hohe Grad an Vorhersagbarkeit lässt sich zum einen als Indikator des stark beschränkten Einflusses des NVK auf personelle Entscheidungen werten, dessen Ständiger Ausschuss zwar formal das alleinige Vorschlagsrecht für die Besetzung von Regierungsämtern besitzt, faktisch aber unter der Führung der Spitzengremien der KPCh agiert. Zum anderen spricht die weitgehende Verlässlichkeit des Führungswechsels aber auch für eine zunehmende Verstehtigung und „Normalisierung“ politischer Prozesse in China, die zunehmend weniger von individuellen Willkürentscheidungen Einzelner abhängen.

2.1 Die neue Regierungsmannschaft

Am Ende der NVK-Tagung wurden die folgenden Kandidaten für die wichtigsten Staatsämter bestätigt:

- An formal erster Stelle ist die Besetzung der Führungsgremien des NVK selbst als dem laut Verfassung „obersten Organ der Staatsmacht“ zu nennen. Wie allgemein erwartet, wurde der 61-jährige Wu Bangguo, bislang stellvertretender Ministerpräsident und seit November 2002 Mitglied des Ständigen Ausschusses des Politbüros, zum Vorsitzenden des X. NVK berufen. Er löst damit den 74-jährigen Li Peng ab, der nach fünfjähriger Amtszeit als NVK-Vorsitzender nun aus dem politischen Leben ausscheidet. War Li Pengs parteipolitische Karriere insbesondere im Kontext der Niederschlagung der Demokratiebewegung im Sommer 1989 sehr kritisch bewertet worden, so kann seine Rolle als Parlamentschef in den letzten Jahren als verhältnismäßig positiv bewertet werden, da er dazu beigetragen hat, dieses Organ zumindest im Bereich legislativer Kompetenzen schrittweise aufzuwerten. Als neuer NVK-Vorsitzender genießt Wu Bangguo zwar formal einen hohen Rang in

der staatlichen Hierarchie; Kommentatoren schätzen ihn allerdings als politisch wenig einflussreich ein und erwarten von ihm kaum innovative Impulse für eine weitere Stärkung parlamentarischer Kontrollfunktionen.⁶

Routinegemäß verlief die Wahl des Ständigen Ausschusses des X. NVK. Wie auch auf der konstituierenden Tagung des IX. NVK vor fünf Jahren waren hier Konkurrenzahlen vorgesehen, wobei der Bewerberüberschuss wiederum bei nur rund 5% lag (1998: 162 Kandidaten für 155 Sitze; 2003: 167 Kandidaten für 159 Sitze). Die Zusammensetzung des knapp 3.000-köpfigen X. NVK wie auch seines Ständigen Ausschusses entspricht der traditionellen Gewichtung verschiedener politischer und sozialer Gruppen, wobei im Vergleich zu früheren Legislaturperioden der Anteil von Funktionären weiter zu Lasten des Anteils von Arbeitern und Bauern merklich gestiegen ist; im längerfristigen Trend liegt auch der gestiegene Anteil von KPCh-Mitgliedern, der inzwischen mehr als 70% der Delegierten beträgt (vgl. Tabelle 1).

Tabelle 1: Zusammensetzung der NVK-Delegierten im Wandel

(Angaben zu ausgewählten Perioden, jeweils in Prozent)

Politische und soziale Gruppen*	VI. NVK 1983	VIII. NVK 1993	X. NVK 2003
KPCh-Mitglieder	62,5	68,4	72,9
Arbeiter/ Bauern	26,6	20,6	18,5
Funktionäre	21,4	28,3	32,4
Soldaten/ Offiziere	9,0	9,0	9,0
Intelligenz**	23,5	21,8	21,1
Frauen	21,2	21,0	20,2
Angehörige ethnischer Minderheiten	13,6	14,8	13,9
Hochschulabschluss	44,5	69,0	92,5
Neu gewählt	76,5	71,0	70,1

* Die hier aufgelisteten Gruppen sind nicht miteinander kompatibel; sie addieren sich daher nicht zu 100%.

** Zur „Intelligenz“ zählen Wissenschaftler, Ingenieure, Journalisten, Künstler etc.

Quellen: Daten zum VI. NVK (1983) und VIII. NVK (1993): Sebastian Heilmann, *Das Politische System der Volksrepublik China*, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, 2002, S.132; Daten zum X. NVK (2003): Zhongguo Xinwen She, 28.2.2003, nach BBC PF, 2.3.2003; XNA, 1., 4.3.2003.

- Hu Jintao, der auf dem XVI. Parteitag im November 2002 zum neuen Generalsekretär der KPCh bestimmt wurde, erhielt nun, wie seit mehreren Jahren erwartet, außerdem das Amt des Staatspräsidenten. Der 60-Jährige tritt damit die Nachfolge des 76-jährigen Jiang Zemin an, der die Personalunion zwischen höchstem Partei- und Staatsamt vor zehn Jahren eingeführt hatte. Mit dem in den letzten Jahren deutlich aufgewerteten Amt des Staatspräsidenten verbinden sich neben zahlreichen zeremoniellen Pflichten vor allem Aufgaben im außenpolitischen Bereich, in dem

⁴S. Sebastian Heilmann, „Die chinesische Regierung: Abschied vom sozialistischen Leviathan“, in: C.a., 1998/3, S.277-287.

⁵Geplant sind unter anderem Änderungen im Bereich des Schutzes privaten Eigentums, die voraussichtlich aber erst Ende 2004 zur Abstimmung im NVK kommen werden; vgl. C.a., 2002/12, Ü 13.

⁶Vgl. etwa Hong Kong AFP, 28.2.2003, nach FBIS, 28.2.2003.

Hu Jintao bislang nur wenige Erfahrungen vorzuweisen hat. Daher ist davon auszugehen, dass zunächst auch andere Spitzenpolitiker neben Hu diesen Aufgabenbereich wahrnehmen werden und dieser erst allmählich in eine so profilierte „staatsmännische“ Rolle hineinwachsen wird, wie sie in den vergangenen Jahren von Jiang Zemin ausgefüllt wurde.

- Als Stellvertreter wurde Hu Jintao der 63-jährige Zeng Qinghong zur Seite gestellt, der als Angehöriger der „Shanghai-Clique“ um Jiang Zemin und seit langen Jahren als dessen „rechte Hand“ gilt. Als stellvertretender Staatspräsident könnte Zeng, dessen Biographie mehr Auslandserfahrungen enthält als der Hu Jintaos, eine wichtige Rolle bei der Gestaltung der chinesischen Außenbeziehungen spielen. Aber auch darüber hinaus kann vermutet werden, dass Zeng Qinghong, der zugleich das Sekretariat des Zentralkomitees der KPCh und – in der Nachfolge Hu Jintaos – die Zentrale Parteischule leitet, an der Seite des Staatspräsidenten erheblichen politischen Einfluss ausüben und eine gewisse Kontinuität zur Politik Jiang Zemins gewährleisten wird. Daraus zwangsläufig eine machtpolitische Konstellation persönlicher Rivalität zwischen Hu und Zeng abzuleiten, wie dies viele Hongkonger und andere internationale Kommentatoren tun,⁷ erscheint allerdings nicht ausreichend begründet. Vielmehr betonen beide Politiker einen kollektiven Führungsstil, der eher eine komplementäre Arbeitsteilung zwischen den beiden erwarten lässt.⁸
- Wie ebenfalls seit mindestens zwei Jahren allgemein erwartet, wurde Wen Jiabao zum Ministerpräsidenten berufen. Der 60-Jährige folgt damit dem 74-jährigen Zhu Rongji nach, der nach einer einmaligen Amtszeit von fünf Jahren nun in den Ruhestand tritt. Als Ministerpräsident tritt Wen Jiabao ein schwieriges Erbe im Bereich der Wirtschafts- und Sozialpolitik an. Umstritten sind die Erfolge seines Vorgängers Zhu vor allem in den Bereichen der Sanierung des staatlichen Finanzsektors, der Beschäftigungspolitik, des Aufbaus eines landesweit funktionsfähigen Systems sozialer Sicherungen und der ländlichen Entwicklung.⁹ Gerade in diesen Problemereichen kann Wen Jiabao aufgrund seiner wirtschaftspolitischen Arbeit von knapp zwei Jahrzehnten in hohen parteistaatlichen Gremien einschlägige Erfahrungen vorweisen. Im Vergleich zu Zhu Rongji, der aufgrund seines direkten und entschlossenen, zum Teil eigenmächtigen und schroffen persönlichen Führungsstils im Ausland durchaus beliebt, bei vielen seiner chinesischen Kollegen dagegen gefürchtet war, gilt Wen Jiabao als eher ausgleichend, vorsich-

tig und auf breite Information und Abstimmung bedacht. Für viele Kommentatoren ist dies ein Grund, an seiner Durchsetzungsfähigkeit gegenüber Widerständen in den Reihen der Ministerialbürokratie zu zweifeln, wie sie angesichts bevorstehender harter Reformmaßnahmen in den genannten und anderen Bereichen zu erwarten sind. Ob Wen Jiabaos Präferenz für konsultative Abstimmungsmechanismen ihm allerdings tatsächlich zum Nachteil gereichen muss, ist fraglich, da auch das harte Durchgreifen seines Vorgängers Zhu in vielen Fällen nicht die Gewähr für eine effiziente Umsetzung der angeordneten Reformmaßnahmen bot.

- Zu stellvertretenden Ministerpräsidenten wurden Huang Ju, Wu Yi, Zeng Peiyan und Hui Liangyu bestimmt. Unter diesen besitzt der 64-jährige Huang Ju, bis zum Herbst 2002 Parteisekretär von Shanghai und seither Mitglied des Ständigen Ausschusses des Politbüros, geschäftsführende Kompetenzen. Die ehemalige Außenhandelsministerin Wu Yi wird für auswärtige Beziehungen zuständig sein. Zeng Peiyan, der frühere Leiter der Staatlichen Entwicklungsplanungskommission soll für allgemeines makroökonomisches Management verantwortlich zeichnen, und Hui Liangyu, zuletzt Parteisekretär der Provinz Jiangsu, soll die Zuständigkeit für Fragen der Reform der Landwirtschaft und der ländlichen Entwicklung erhalten.¹⁰ Sowohl Huang Ju, Zeng Peiyan als auch Hui Liangyu gelten als Gefolgsleute Jiang Zemins, sodass dessen Einfluss auch im Bereich der Wirtschaftspolitik vorerst noch gewahrt bleiben dürfte.
- Zur „Ständigen Konferenz des Staatsrats“, auch als „Inneres Kabinett“ bezeichnet, zählen neben dem Ministerpräsidenten und seinen vier Stellvertretern ferner fünf Staatsratskommissare. Als neue Staatsratskommissare bestätigte der X. NVK die Politbüromitglieder Zhou Yongkang, Cao Ganchuan, Tang Jiaxuan, Chen Zhili und Hua Jianmin. Letzterer übernimmt zugleich die Funktion des Generalsekretärs des Staatsrats, der unter anderem für die tägliche Planung der Aktivitäten und Termine der Staatsratsmitglieder zuständig ist und damit Einfluss auf die im Staatsrat behandelten Themen und auf die Herstellung von Gesprächskontakten hat.¹¹ Zhou Yongkang wird als Vertrauter Zeng Qinghongs betrachtet,¹² und Chen Zhili und Hua Jianmin gelten als enge Gefolgsleute Jiang Zemins – auch hier also finden sich weitere Garanten für dessen fortgesetzten politischen Einfluss.¹³
- Das „Äußere Kabinett“ wird nach verschiedenen Restrukturierungen der Staatsratsorgane (vgl. dazu unten, Teil 3.2) künftig nurmehr noch 28 Minister umfassen. Von diesen wurden anlässlich der Jahrestagung des X. NVK insgesamt 13 neu ins Ministeramt

⁷Vgl. zuletzt etwa Willy Lam, „National People's Congress Manuevers: Jiang on Top“, in: *China Brief*, vol. 3, issue 5 (11.3.2003), http://china.jamestown.org/pubs/view/cwe_003_005_003.htm.

⁸Cheng Li, „Emerging Patterns of Power Sharing: Inland Hu vs. Coastal Zeng?“, in: Gang Lin/Susan Shirk (Hg.), *The 16th CCP Congress and Leadership Transition in China*, Asia Program Special Report, Woodrow Wilson International Center for Scholars, September 2002, S.28-34; vgl. Holbig, *ibid.*, insbes. S.1274/1275.

⁹Zur kontroversen Bewertung der politischen Hinterlassenschaft Zhu Rongjis vgl. etwa WSJ, 10.3.2003 und IHT, 18.3.2003.

¹⁰Xinhua, 17.3.2003, nach BBC PF, 18.3.2003; ST, 17.3.2003.

¹¹SCMP, 18.3.2003.

¹²Vgl. C.a., 2002/12, Ü 12.

¹³Xinhua, 17.3.2003, nach BBC PF, 18.3.2003; ST, 17.3.2003; *Wen Wei Po*, 18.3.2003, nach FBIS, 18.3.2003; *Hsin Pao (Hong Kong Economic Journal)*, 21.3.2003, nach FBIS, 21.3.2003.

berufen; die restlichen wurden für eine weitere Amtszeit bestätigt. Neu im Kabinett sind Li Zhaoxing als Außenminister (vormals Tang Jiaxuan), Cao Gangchuan als Verteidigungsminister (vormals Chi Haotian), Ma Kai als Leiter der Staatlichen Kommission für Entwicklung und Reform (vormals Zeng Peiyan), Zhou Ji als Erziehungsminister (vormals Chen Zhili), Zhang Yunchuan als Leiter der Staatlichen Kommission für Wissenschaft, Technologie und Industrie im Verteidigungswesen (vormals Liu Jibin), Li Zhilun als Minister für Disziplinaraufsicht (vormals He Yong), Li Xueju als Minister für Zivile Angelegenheiten (vormals Doje Cering), Jin Renqing als Finanzminister (vormals Xiang Huaicheng), Zhang Bolin als Minister für Personalwesen (vormals Zhang Xuezhong), Zheng Silin als Minister für Arbeit und soziale Sicherheit (vormals Zhang Zuoji), Liu Zhijun als Minister für Eisenbahnwesen (vormals Fu Zhihuan), Wang Xudong als Minister für Informationsindustrie (vormals Wu Jichuan) sowie Lü Fuyuan als Handelsminister, der in dieser neuen Funktion Kompetenzen der bisherigen Staatlichen Kommission für Wirtschaft und Handel (vormals geleitet von Li Rongrong) und des bisherigen Ministeriums für Außenhandel und wirtschaftliche Zusammenarbeit (vormals geleitet von Shi Guangsheng) vereinigt (zur Restrukturierung s. ebenfalls unten, Teil 3.2).¹⁴ Bereits im Oktober 2002 hatte Zhang Chunxian als Minister für Verkehrswesen die Nachfolge von Huan Zhendong angetreten, im November 2002 war Zhou Yongkang zum neuen Minister für Öffentliche Sicherheit (vormals Jia Chunwang) ernannt worden,¹⁵ und im Dezember 2002 hatte Zhou Xiaochuan den bisherigen Zentralbankpräsidenten Dai Xianglong im Amt abgelöst.¹⁶

Im Rampenlicht der internationalen Aufmerksamkeit stehen insbesondere der 62-jährige Diplomat Li Zhaoxing als neuer Außenminister, der prägende Erfahrungen im Verhältnis zu den USA gesammelt hat,¹⁷ sowie der 58-jährige Ingenieur Lü Fuyuan als neuer Handelsminister, dessen beruflicher Hintergrund in der Automobilindustrie liegt und der seit verganginem Jahr für die sino-amerikanischen Handelsbeziehungen zuständig war. Von ihm wird erwartet, dass er die sich in der Übergangsperiode nach Chinas WTO-Beitritt ergebenden außenwirtschaftlichen Reibungen und Konflikte glättet.¹⁸ Besondere Erwartungen knüpfen sich außerdem an den neuen Finanzminister Jin Renqing, der als Direktor der Staatlichen Steuerverwaltung in den vergangenen fünf Jahren eine Kampagne zur Verbesserung der Steuerdisziplin geleitet und mehrere Bücher zum Thema öffentliche Finanzen verfasst hat. Dem 59-Jährigen wird allgemein zugetraut, die Schwäche der Fiskalkraft der Zentralregierung zu beheben, die im Zuge der administrativen Dezentralisierung seit den 1980er Jahren ent-

standen war.¹⁹ Insgesamt setzt sich das neue Kabinett in der großen Mehrzahl aus Ingenieuren und anderen technokratischen Experten zusammen, die im Wesentlichen eine Fortsetzung der bisherigen Politik gewährleisten dürften.

- Für politische Kontinuität dürfte aber vor allem auch die Bestätigung Jiang Zemin im Amt des Vorsitzenden der Zentralen Militärkommission (ZMK) sprechen, die nach zahlreichen widersprüchlichen Spekulationen im zurückliegenden Jahr spätestens seit dem XVI. Parteitag im November 2002 ebenfalls allgemein erwartet worden war. Damals war entgegen des Widerstands zahlreicher Regionalvertreter beschlossen worden, dass der 76-jährige Jiang Zemin zwar seine beiden Ämter des Generalsekretärs der KPCh und des Staatspräsidenten an seinen Nachfolger Hu Jintao abgeben, sein drittes Amt des ZMK-Vorsitzes aber vorläufig behalten sollte. Existieren aufgrund des Prinzips einer formalen Trennung von Partei- und Staatsorganen nominell zwei ZMKen, von denen eine bei der Parteizentrale und die andere auf Seiten der Regierung angesiedelt ist, so sind beide faktisch identisch, da sie mit denselben Personen besetzt sind. Die Bestätigung Jiangs als Vorsitzender auch der auf Regierungsseite angesiedelten ZMK durch den X. NVK erscheint daher als selbstverständlicher Nachvollzug der Entscheidung des Parteitags vom vergangenen November.

Die derzeit sehr schwierige weltpolitische Situation, in der die VR China gleichzeitig an mehreren Fronten in komplexe Verhandlungsprozesse eingebunden ist (Irak-Konflikt, Nordkorea-Krise, Bekämpfung des „internationalen Terrorismus“, andauernde Instabilität in Zentralasien, Afghanistan, Pakistan und Indien etc.) scheint eine fortgesetzte Präsenz Jiang Zemin auf der diplomatischen Bühne gegenwärtig geradezu herauszufordern. Gerade auch im zeitlichen Umkreis der NVK-Tagung empfing er wiederholt ausländische Gäste und schaltete sich – ebenso übrigens wie der bisherige Außenminister Tang Jiaxuan – in wichtige außenpolitische Vorgänge ein.²⁰ Dennoch ist nicht anzunehmen, dass Jiang Zemin diese aktive Rolle in der Außenpolitik der VR China längerfristig beibehalten wird. Sobald Hu Jintao und die neue Führungsmannschaft sich vollständig positioniert hat, dürfte das entstandene Vakuum im außenpolitischen Bereich, das gegenwärtig noch von Jiang Zemin für eigene staatsmännische Aktivitäten genutzt wird, nach und nach von der neuen Führungsgeneration ausgefüllt werden. Dies heißt freilich nicht, dass Jiang Zemin zukünftig im politischen Alltag nicht über wichtige Gestaltungsmöglichkeiten „hinter den Kulissen“ verfügen wird – auch mit Hilfe seiner in den Partei- und Staatsratsorganen zahlreich vertretenen Gefolgsleuten. Besonders in Krisenphasen könnte ihm als ZMK-Vorsitzender eine unübertroffene Einfluss- und Entscheidungskraft zukommen.

¹⁴Xinhua, 17.3.2003.

¹⁵Vgl. C.a., 2002/12, Ü 12.

¹⁶Vgl. C.a., 2002/12, Ü 32.

¹⁷Vgl. dazu das Porträt Li Zhaoxings im folgenden Beitrag von Karsten Giese in diesem Heft.

¹⁸Vgl. WSJ, 17.3.2003.

¹⁹Vgl. *ibid.*

²⁰Vgl. dazu den folgenden Beitrag von Karsten Giese in diesem Heft.

- Erwähnt werden sollten zuletzt die Entscheidungen über die Besetzungen der Führungsämter des Obersten Volksgerichtshofs und der Obersten Volksstaatsanwaltschaft. Während Xiao Yang als Leiter des Obersten Volksgerichtshofs im Amt bestätigt wurde, wurde der unpopuläre Han Zhubin in seinem Amt als Leiter der Obersten Volksstaatsanwaltschaft durch den 65-jährigen Jia Chunwang abgelöst. Jia Chunwang, bislang Minister für Öffentliche Sicherheit, kündigte für die vor ihm liegende Amtszeit eine Verschärfung von Maßnahmen zur Bekämpfung von Korruption, Wirtschaftskriminalität und Justizwillkür an.²¹

2.2 Abstimmungsverhalten im NVK: Bonus für die „Neuen“

Gab es bezüglich der Besetzung der staatlichen Führungsämter kaum Überraschungen, so fiel das Abstimmungsverhalten der insgesamt 2.984 Delegierten des X. NVK bei der „Wahl“ der verschiedenen Kandidaten in ihren jeweiligen Ämtern doch überraschend differenziert aus (vgl. Tabelle 2). Besonders hoher Zustimmungsraten erfreuten sich Hu Jintao und Wen Jiabao bei ihrer Bestätigung als neuer Staatspräsident bzw. neuer Ministerpräsident: So wurden beide mit weit über 99% der Stimmen akklamiert (Hu Jintao: 99,8%, Wen Jiabao: 99,4%). Selbst Zhu Rongji, der sich bei seinem Amtsantritt als Ministerpräsident im März 1998 großer Beliebtheit erfreute, erreichte damals eine Zustimmungsrate von „nur“ 98%.

Demgegenüber wurden Jiang Zemin und seine Gefolgsleute mit deutlich schlechteren Quoten konfrontiert. So verweigerten 7,5% der Delegierten bei der Bestätigung Jiang Zemins zum ZMK-Vorsitzenden ihre Zustimmung. Nach Medienberichten sollen 36 Delegierte aus Protest auf den Wahlzetteln, die Jiang Zemin als einzigen Kandidaten für dieses Amt vermerkten, seinen Namen sogar durchgestrichen und stattdessen den Namen Hu Jintaos eingetragen haben. Teilweise noch schlechter schnitten einige der engsten Vertrauten Jiang Zemins ab. So verweigerten 8,2% der Delegierten Huang Ju bei dessen Bestätigung als ausführendem stellvertretenden Ministerpräsidenten und sogar 12,5% Zeng Qinghong bei dessen Bestätigung als neuem stellvertretenden Staatspräsidenten ihre Zustimmung. Relativ schlecht schnitt auch Hua Jianmin als neuer Generalsekretär des Staatsrats ab (Zustimmungsrate bei 95,2%) – offenbar auch aufgrund seiner bekannten Verbindungen zu Jiang Zemin.

Erwähnt sei hier außerdem das Ergebnis der zeitlich parallel abgehaltenen Abstimmung über Jia Qinglins Ernennung zum Vorsitzenden der Politischen Konsultativkonferenz des Chinesischen Volkes, bei der 7,2% der Abgeordneten ihre Zustimmung verweigerten (79 Nein-Stimmen und 79 Enthaltungen von insgesamt 2.145 gültigen Stimmen). Jia Qinglin, zuletzt Parteisekretär von Beijing, war in den 1990er Jahren angeblich in den Schmuggel-

skandal von Xiamen involviert gewesen;²² dass er bislang nicht disziplinarisch oder gar strafrechtlich belangt wurde, wird vor allem seinem engen Vertrauensverhältnis zu Jiang Zemin zugeschrieben.²³

Tabelle 2: Ausgewählte Abstimmungsergebnisse auf der NVK-Tagung 2003

Abstimmungsvorgang	Gegenstimmen/ Enthaltungen	Anteil an ges. Stimmenzahl
Vorsitz NVK: <i>Wu Bangguo</i>	20/12	1,1%
Staatspräsident: <i>Hu Jintao</i>	4/3	0,2%
Stellv. Staatspräsident: <i>Zeng Qinghong</i>	177/190	12,5%
Ministerpräsident: <i>Wen Jiabao</i>	3/16	0,6%
Stellv. Ministerpräsident: <i>Huang Ju</i>	161/81	8,2%
Staatsrats-Generalsekr. <i>Hua Jianmin</i>	83/59	4,8%
Vorsitz ZMK: <i>Jiang Zemin</i>	98/122	7,5%
Oberster Richter: <i>Xiao Yang</i>	80/56	4,6%
Oberster Staatsanwalt: <i>Jia Chunwang</i>	58/73	4,4%
Plan zur Reorganisation des Staatsrats	88/ -	3,2%
Bericht des Obersten Volksgerichtshofs	398/203	20,1%
Bericht der Obersten Volksstaatsanwaltschaft	545/264	27,1%

Quellen: WSJ, 10., 15., 16.3.2003; *Independent* (online), 15.3.2002; ST, 17.3.2003; *Die Welt*, 17.3.2003; SCMP, 18.3.2003; Willy Lam, „National People's Congress: Popularity and Power“, in: *China Brief*, vol. 3, issue 6, http://jamestown.org/pubs/view/cwe_003_006_001.htm.

Wie diese Abstimmungsergebnisse verdeutlichen, hat Jiang Zemin mit seiner Entscheidung, trotz seines fortgeschrittenen Alters nicht vollständig aus dem politischen Leben auszuschneiden, offenbar einigen Widerstand hervorgerufen. So wurde von verschiedenen Seiten kritisiert, dass Jiang sich über – zumindest informell bestehende – Altersgrenzen, die etwa eine Pensionierung ab dem 70. Lebensjahr auch in den höchsten Staatsämtern vorsehen, schlicht hinweggesetzt habe. Darüber hinaus wird ihm zur Last gelegt, dass er sich nicht nur persönlich an seiner bisherigen politischen Macht festklammere, sondern zu deren Sicherung unter Missachtung politischer Karriereregeln auch einige seiner engsten Gefolgsleute in hohe Partei- und Staatsämter gehievt habe. Mit dem Aufbau eines „zweiten Machtzentrums“ riskiere er damit aus Eigeninteresse eine Beeinträchtigung der politischen Handlungsfähigkeit der neuen Führung und nehme gegebenenfalls sogar politische Spaltungen in Kauf.²⁴

²²Vgl. C.a., 2000/1, Ü 7, 2000/2, Ü 13.

²³WSJ, 13.3.2003; SCMP, 14.3.2003.

²⁴Vgl. zu dieser Einschätzung etwa Willy Lam, *ibid.*; WSJ, 12.3.2003; ders., „National People's Congress: Popularity and Power“, in: *China Brief*, vol. 3, issue 6, http://jamestown.org/pubs/view/cwe_003_006_001.htm; WSJ, 15.3.2003; *Guardian*, 15.3.2003; *The Age*, 16.3.2003; *Die Welt*, 17.3.2003; FAZ, 27.3.2003.

²¹Die Tätigkeitsberichte des Obersten Volksgerichtshofs und der Obersten Volksstaatsanwaltschaft wurden am 11. März verlesen; s. Xinhua, 11.23.2003, nach BBC PF, 15.3.2003; RMRB, 22.3.2003; zur Person Jia Chunwangs und seinen Plänen für weitere Reformen im Justizsystem s. WSJ, 15.3.2003; Xinhua, 18.3.2003, nach BBC PF, 20.3.2003; vgl. auch SCMP, 17.3.2003.

Sofern diese Interpretation des Abstimmungsverhaltens im NVK als zutreffend gelten kann, lässt sich daraus wiederum ein Bonus für die politische Legitimität der neuen Führung ableiten. Denn in Umkehrung der an die Adresse Jiang Zemin und seiner Gefolgsleute gerichteten Kritik scheint Hu Jintao, Wen Jiabao und anderen Vertretern der „vierten Führungsgeneration“ zugute gehalten zu werden, dass sie kraft ihrer Kompetenzen und ihres „jungen Alters“ unter Einhaltung bestehender Regeln – und ohne signifikante Protektion von oben – in ihre neuen Ämter gerückt sind. Anders als noch vor über 15 Jahren, als der greise Deng Xiaoping nach dem Ausscheiden aus seinen Parteiämtern zur Sicherung seines politischen Einflusses ebenfalls noch am ZMK-Vorsitz festgehalten hatte, wird ein solches Verhalten heute offenbar als Regelverletzung wahrgenommen. An die Stelle eines unbedingten Respekts vor dem Alter und der damit verbundenen Autorität scheint die wachsende Verbindlichkeit formeller und informeller Regeln im politischen Leben getreten zu sein. Honoriert werden entsprechend die von der neuen staatlichen Führungsspitze ausgehenden Signale für einen kollektiven Führungsstil, für verstärkte konsultative Abstimmungsprozesse unter breiter Einbeziehung regionaler Vertreter sowie für ein an rechtsstaatlichen Standards orientiertes politisches Handeln. Wenn er vorerst auch noch im Schatten von Jiang Zemin steht, scheint es insbesondere Hu Jintao seit seinem Amtsantritt als Generalsekretär der KPCh im November doch gelungen zu sein, in diesen Fragen der Etablierung verbindlicher Regeln und Normen einen Vorschuss an politischer Legitimität für sich und die neue Führungsmannschaft zu erzielen.²⁵

3 Inhaltliche Prioritäten

3.1 Wirtschafts- und sozialpolitische Probleme und Maßnahmen

Die auf der ersten Jahrestagung des X. NVK beschlossenen Prioritäten der Regierungsarbeit für die kommenden Jahre sind in erster Linie von den wirtschafts- und sozialpolitischen Sachzwängen geprägt, die bereits die Politik der zurückliegenden Jahre bestimmt hatten. So standen der am 5. März vom scheidenden Ministerpräsident Zhu Rongji verlesene „Arbeitsbericht der Regierung“ (*zhengfu gongzuo baogao*)²⁶ sowie zahlreiche Diskussionen in verschiedenen Arbeitsgruppen des NVK unter dem Zeichen der bestehenden, teilweise gravierenden Herausforderungen, mit denen die VR China wohl über längere Zeit hinaus konfrontiert sein wird. Konkret legte Zhu Rongji im Rahmen seines 40-seitigen Berichts eine Liste der folgenden wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Probleme und Defizite vor, die von entsprechenden Analysen westlicher China-Watcher inzwischen kaum mehr abweicht:

- die anhaltende Schwäche der Binnennachfrage und die mangelnde Flexibilität der Angebotsstrukturen;

²⁵Zu Hu Jintaos „Verfassungsoffensive“ s. unten, Teil 4.

²⁶Der Arbeitsbericht wurde im vollen, offiziell verabschiedeten chinesischen Wortlaut am 20.3.2003 in der *Volkszeitung* abgedruckt (RMRB, 20.3.2003). Englische Versionen finden sich als übersetzter Mitschnitt der am 5. März im staatlichen chinesischen Fernsehen ausgestrahlten Ansprache Zhu Rongjis (CCTV, 5.3.2003, nach BBC PF, 6.3.2003) sowie in der offiziellen Fassung unter XNA, 20.3.2003.

- das langsame Wachstum der Einkommen der bäuerlichen Bevölkerung und eines Teils der städtischen Bevölkerung;
- der Anstieg der Arbeitslosigkeit und damit zusammenhängende Probleme bei der Sicherung des Lebensunterhalts;
- anhaltende Ungleichheiten in der Verteilung der Einkommen;
- Defizite in der Reform der Staatsunternehmen;
- Defizite in der Marktordnung;
- die Häufung schwerer Unfälle im industriellen Bereich;
- lokale Defizite im Bereich der öffentlichen Sicherheit;
- rapide ökologische Degradierung in verschiedenen Regionen des Landes;
- verbreiteter Formalismus, Bürokratismus, Hang zu Extravaganz und Verschwendung, Betrugs- und Korruptionspraktiken unter einem Teil der Regierungsbeamten.²⁷

Wie darüber hinaus Berichte über Diskussionen unter den Abgeordneten während der NVK-Tagung zeigen, waren diese Probleme Gegenstand intensiver Debatten. Bemerkenswert erscheint dabei im Vergleich zu früheren Jahren die große Breite und Offenheit der Diskussion, wobei freilich einzuschränken ist, dass die Benennung von Problemen gerade in Phasen der Neuformulierung politischer Prioritäten nie frei von spezifischen Kalkülen der eigenen Nutzenmaximierung ist. So geht die Betonung der Einkommensdiskrepanzen zwischen Stadt und Land sowie zwischen Ost- und Westchina klar mit einer Stärkung von bisher im Reformprozess benachteiligten ländlichen Regionen und den Provinzen im chinesischen Hinterland einher. Dennoch erscheint der explizite Umgang mit den bestehenden Problemen generell durchaus als ein positives Indiz für den erkannten politischen Handlungsbedarf und die im günstigen Fall damit verbundene Handlungsfähigkeit der neuen Regierung.

Um den benannten Problemen zu begegnen, sieht der Bericht Zhu Rongjis die folgenden acht Maßnahmenpakete für die Regierungsarbeit im laufenden Jahr und der näheren Zukunft vor:²⁸

1. Fortsetzung der Politik einer Stärkung der Binnennachfrage, um ein stetiges und hohes Wirtschaftswachstum von rund 7% jährlich aufrechtzuerhalten. Von besonderer Bedeutung sei hierbei die Stärkung der städtischen und vor allem der ländlichen Einkommen, eine Fortführung staatlicher Investitionsprojekte, sofern diese notwendig und sinnvoll erscheinen, vor allem in den westlichen Regionen des Landes; zugleich

²⁷Paraphrasiert aus: XNA, 6., 20.3.2003.

²⁸Die folgende Aufstellung stellt eine Paraphrasierung der entsprechenden Abschnitte des „Arbeitsberichts der Regierung“ dar; RMRB, 20.3.2003.

- müsse man sich allerdings vor den mit der anhalten- den aktiven Fiskalpolitik des Staates verbundenen Ri- siken auf dem Finanzsektor wappnen.²⁹
2. Förderung der allgemeinen Entwicklung der Land- wirtschaft und der ländlichen Wirtschaft. „Erste Prio- rität“ der Wirtschaftspolitik sei es, die Einkommen der bäuerlichen Bevölkerung zu stärken. Dazu gehör- ten struktur-, fiskal-, beschäftigungs- und forschungs- politische Maßnahmen, ergänzt durch Maßnahmen der Armutsbekämpfung.³⁰
 3. Offensive Förderung der industriellen Restrukturie- rung und der Entwicklung Westchinas. Besonde- re Aufmerksamkeit gelte hier der Entwicklung von Hightechindustrien und der Transformation traditio- neller Industrien. Im Rahmen der langfristig angeleg- ten Politik zur Entwicklung Westchinas stünden Maß- nahmen im Bereich des Umweltschutzes, der Infra- strukturentwicklung und der Strukturpolitik im Vor- dergrund.
 4. Vertiefung wirtschaftlicher Strukturreformen und wei- tere Öffnung nach außen. In binnenwirtschaftlicher Hinsicht seien eine Intensivierung der Reformmaß- nahmen im staatlichen Unternehmens- und Finanz- sektor, im Eigentumssystem und im Bereich der Ein- kommensverteilung sowie Maßnahmen für eine besse- re Marktordnung und Produktionssicherheit vorgese- hen. In außenwirtschaftlicher Hinsicht wolle man die Integration Chinas in die Weltwirtschaft aktiv voran- treiben, insbesondere auch im Rahmen der WTO.³¹
 5. Verstärkte Schaffung von neuen Arbeitsplätzen und Verbesserung des Systems sozialer Sicherung. Auf der Grundannahme, dass der Einzelne sich selbst um Ar- beit zu bemühen habe, sollten beschäftigungs- und bildungspolitische Anstrengungen intensiviert wer- den. Löhne und Gehälter, Pensionen, Arbeitslosen- hilfe und andere soziale Sicherungsleistungen sollten zuverlässiger ausgezahlt und die entsprechenden Bezugsstandards systematisiert werden.³²
 6. Konsequente Umsetzung der Strategie „nationaler Verjüngung“ durch Wissenschaft, Technologie und Bildung sowie der Strategie nachhaltiger Entwicklung. Hier reichen die Maßnahmen von der Förderung des staatlichen Innovationssystems über groß angelegte bildungspolitische Maßnahmen bis hin zu Verbesse- rungen im Umwelt- und Katastrophenschutz.³³
 7. Stärkung der sozialistischen Demokratie, des Rechts- systems und der „geistigen Zivilisation“. Hier griff der Bericht im Wesentlichen die Vorgaben der Parteitag- dokumente vom November 2002 zum Aufbau einer „sozialistischen politischen Zivilisation“ und zum Aus- bau rechtsstaatlicher Standards auf,³⁴ ergänzte diese

aber auch um so konkrete Maßnahmen wie die Auf- forderung zur aktiven Vorbereitung der Olympischen Spiele 2008 in Beijing und der Weltausstellung 2010 in Shanghai. Vorrangiges Ziel sei die Wahrung gesell- schaftlicher Stabilität.

8. Verbesserung des Regierungssystems. Die hier vorge- sehenen Maßnahmen beziehen sich in erster Linie auf administrative Reformen mit dem Ziel der Schaffung eines „fairen, transparenten, sauberen und hocheffizi- enten Verwaltungssystems mit standardisiertem Ver- halten und wohlabgestimmten Aufgabenbereichen“.³⁵ Angekündigt wurde außerdem eine Verstärkung der Aufsichts- und Kontrollmechanismen im adminstra- tiven Bereich, um die verbreitete Korruption weiter einzudämmen.

Handelt es sich bei den meisten dieser Vorschläge des Arbeitsberichts Zhu Rongjis im Wesentlichen um aktua- lisierte Auflagen bekannter Maßnahmenpakete, so bein- haltet der letzte Punkt der Verwaltungsreform einige or- ganisatorische Neuerungen, die im Folgenden detaillierter darzustellen sein werden.

3.2 Neue Runde der Verwaltungsreform: Große Ziele, bescheidener Anlauf

Bei den angekündigten Plänen zur Verwaltung handelt es sich um die fünfte Runde der Reorganisation des Staats- rats seit Beginn der Reformperiode. Die früheren Run- den der Jahre 1982, 1988, 1993 und 1998 sollten sämt- lich dem Ziel einer Verschlinkung des Verwaltungsappa- rats, der Einsparung von Verwaltungspersonal und ver- besserter Effizienz dienen. Diese Ziele wurden aber nur sehr bedingt erfüllt, da den Kürzungsmaßnahmen regel- mäßig Phasen der neuerlichen Aufblähung der bürokrati- schen Apparate folgten. Auch die jüngste, von Minis- terpräsident Zhu Rongji im März 1998 eingeleitete Reor- ganisation des Staatsrats blieb hinter den ursprünglichen Erwartungen über Personaleinsparungen von landesweit durchschnittlich 50% zurück. Als Erfolg der letzten, vier- ten Runde konnte allerdings verbucht werden, dass die Zahl der Staatsratsorgane auf Ministerialebene von bis dahin 40 auf 29 reduziert und die administrativen Kom- petenzen gestrafft werden konnten.³⁶

Vor diesem Hintergrund richteten sich große Erwar- tungen auf die jüngste Runde der Verwaltungsreform, die laut einer Hongkonger Quelle unter der Federführung Huang Jus, des früheren Shanghaier Parteisekretärs und seit November 2002 Mitglied des Ständigen Ausschus- ses des Politbüros, ausgearbeitet³⁷ und seit Anfang des Jahres 2003 angekündigt worden war. Wie Berichten aus Hongkong und Singapur, seit Februar aber auch volksre- publikanischen Medien zu entnehmen war, sollte die Zahl der Staatsratsorgane auf Ministerialebene weiter von 29 auf zukünftig rund 22 sinken.³⁸ Eine im Allgemeinen gut

S.1402-1412.

²⁹ Zu den einzelnen Maßnahmen der Verwaltungsreform s. den fol- genden Teil 3.2 dieses Beitrags.

³⁰ Heilmann, *ibid.*, S.285/286; Martin Brandstötter, „Die Struktur- reform der Zentralregierung seit 1998“, in: C.a., 2002/4, S.410-423.

³¹ *Ta Kung Pao*, 28.2.2003, nach BBC PF, 3.3.2003.

³² Vgl. C.a., 2003/1, Ü 7, 2003/2, Ü 7.

²⁹ Vgl. hierzu die separate Übersicht in der Binnenwirtschaft oben in diesem Heft.

³⁰ Vgl. hierzu die separate Übersicht in der Binnenwirtschaft oben in diesem Heft.

³¹ Vgl. hierzu die separate Übersicht in der Binnenwirtschaft oben in diesem Heft.

³² Vgl. hierzu die separate Übersicht in der Binnenwirtschaft oben in diesem Heft.

³³ Vgl. hierzu die separate Übersicht in der Rubrik Wissenschaft, Bildung, Gesellschaft, Kultur oben in diesem Heft.

³⁴ Vgl. zu diesen Schlagwörtern Heike Holbig, „Der XVI. Parteitag der KPCh. Teil II: Politische Weichenstellungen“, in: C.a., 2002/12,

informierte Hongkonger Zeitung zitierte Anfang März sogar einen Beijinger Verwaltungsrechtsexperten, der von einer längerfristig anvisierten Reduktion auf nurmehr 15 Staatsratsorgane sprach.³⁹ Als Ziele der neuen Reformmaßnahmen wurden die grundlegende Neuordnung der administrativen Kompetenzen zur Anpassung an internationale Gepflogenheiten und zur Verbesserung von Effizienz und Transparenz im chinesischen Verwaltungsapparat benannt. Staatliche Aufsichtsfunktionen müssten stärker von Funktionen der Formulierung und Implementierung staatlicher Politik separiert werden. Die technologische Revolution und die Globalisierung, insbesondere aber der WTO-Beitritt der VR China Ende 2001 hätten neue Ausgangsbedingungen geschaffen, die eine stärkere Konzentration der Verwaltung auf Funktionen der Makrosteuerung und eine klarere Trennung von staatlicher und wirtschaftlicher Sphäre verlangten⁴⁰ – nach den Worten Zhu Rongjis: „The government must effectively attend to affairs that are its business, but must resolutely not meddle in what is not its business“.⁴¹ Auf der Zweiten Plenarsitzung des XVI. ZK der KPCh Ende Februar wurden die geplanten Reformmaßnahmen gar als ein integraler Bestandteil der auf dem XVI. Parteitag der KPCh im November 2002 anvisierten „politischen Reformen“ diskutiert⁴² – ein vager Begriff, der in der VR China offenbar je nach Auslegung hehre Vorstellungen einer echten Demokratisierung oder aber rein technische Maßnahmen administrativer Reorganisation assoziieren lässt.

Die auf der NVK-Tagung nun tatsächlich beschlossenen Pläne entsprechen eher der letzteren Interpretation einer technischen Reorganisation des Verwaltungsapparats. Mit einer äußerst bescheidenen Reduktion der Zahl der ministeriellen Organe von 29 auf 28 bleiben die konkreten Maßnahmen um Einiges hinter den Erwartungen zurück. Ergibt sich diese Reduktion durch die Zusammenlegung von bislang zwei getrennten Ministerialorganen zu einem einzigen, so wurden zugleich zwei Kommissionen neu geschaffen, die allerdings nicht auf der Ministerialebene (*buji*) sind, sondern als „dem Staatsrat direkt unterstehende Organe“ (*guowuyuan zhishu jigou*) auf der eine halbe Rangstufe darunter befindlichen „Sekundärministerialebene“ (*fubuji*) angesiedelt sein dürften.⁴³ Faktisch ist die Zahl der Verwaltungsorgane damit nicht um eines gesunken, sondern vielmehr um eines gestiegen. Konkret wurden auf der NVK-Tagung die folgenden Reorganisationsmaßnahmen beschlossen:

- Die bisherige Staatliche Entwicklungsplanungskommission wird zur „Staatlichen Kommission für Entwicklung und Reform“ (engl. State Development and Reform Commission, SDRC; chin. *Guojia fazhan he gaige weiyuanhui*) reorganisiert. Dem neuen Organ

werden zugleich Planungs- und Forschungsfunktionen übertragen, die bislang vom Staatsratsbüro für wirtschaftliche Strukturreformen und vom Zentrum für Entwicklungsforschung des Staatsrats getragen worden waren. Die reorganisierte Kommission soll in Zukunft nicht mehr für die Ressourcenallokation, sondern vielmehr als „makroökonomisches Regulierungs- und Verwaltungsorgan“ für die Formulierung staatlicher Wirtschafts- und Sozialpolitik, die Wahrung des volkswirtschaftlichen Gleichgewichts und die umfassende Leitung der Wirtschaftsreformen zuständig sein; allerdings werden auch Aufgaben wie die Ausarbeitung von Fördermaßnahmen etwa für mittelständische Unternehmen in die Verantwortung dieser Kommission fallen. Auch in Zukunft wird ferner die Ausarbeitung von Jahres- und Fünfjahresplänen sowie langfristiger Strategiepläne in den Aufgabebereich der Staatlichen Kommission für Entwicklung und Reform fallen.⁴⁴ Das mit der Umbenennung der Kommission offenbar intendierte Signal eines endgültigen Abschieds vom planwirtschaftlichen Erbe erscheint damit als fragwürdig.

Wie oben erwähnt, wurde als Leiter der Kommission Ma Kai eingesetzt, der aufgrund seiner Leitungsfunktionen in der Staatlichen Planungskommission und der Kommission für wirtschaftliche Strukturreformen während der 1990er Jahre über einschlägige Erfahrungen im Bereich makroökonomischer Planung verfügt.⁴⁵

- Das Ministerium für Außenhandel und wirtschaftliche Kooperation (Ministry of Foreign Trade and Economic Cooperation, MoFTEC) soll mit den für die Steuerung der Binnenwirtschaft zuständigen Abteilungen der Staatlichen Kommission für Wirtschaft und Handel (State Economic and Trade Commission, SETC) zu einem einzigen „Handelsministerium“ (engl. Ministry of Commerce; chin. *Shangyebu*) fusioniert werden. Damit sollen die bislang getrennten Kompetenzen im Bereich der Binnen- und der Außenwirtschaft zusammengeführt werden, um der Tatsache Rechnung zu tragen, dass die chinesische Wirtschaft mit dem WTO-Beitritt vollständig in die Weltwirtschaft integriert werden sollte. In einem umfassenderen Sinn sollte die Fusion der Schaffung eines „einheitlichen, offenen, kompetitiven und geordneten modernen marktwirtschaftlichen Systems“ dienen. Konkret zählen zu den Aufgaben des künftigen Handelsministeriums die Formulierung von politischen Maßnahmen zur Regulierung des Marktes und zur Optimierung marktwirtschaftlicher Mechanismen, die Analyse von Marktnachfrage und -angebot, die Betreuung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit anderen Staaten sowie von Anti-Dumping-, Anti-Subventions- und anderen Streitfälle im Rahmen des WTO-Prozesses.⁴⁶

³⁹ Wen Wei Po, 7.3.2003, nach FBIS, 7.3.2003.

⁴⁰ Ta Kung Pao, 28.2.2003, nach BBC PF, 3.3.2003: Xinhua, 7.3.2003, nach FBIS, 7.3.2003.

⁴¹ Hier aus der englischen Übersetzung zitiert: Xinhua, 7.3.2003, nach FBIS, 7.3.2003.

⁴² Vgl. C.a., 2003/2, Ü 7; vgl. auch ZM, no. 305 (2003/3), S.7.

⁴³ Bislang lässt die offizielle Bezeichnung der neu geschaffenen Kommissionen (RMRB, 11.3.2003) nicht eindeutig auf ihren Rang innerhalb der administrativen Hierarchie schließen; die Parallelität der Funktionen legt jedoch nahe, dass es sich um „dem Staatsrat direkt unterstehende Organe“ handelt; vgl. Brandstötter, *ibid.*, S.412/413, 418, 420.

⁴⁴ Xinhua, 6.3.2003, nach BBC PF, 8.3.2003; vgl. auch die Bewertung der Reorganisation durch den bekannten Wirtschaftsexperten Wu Jinglian in Zhongguo Xinwen She, 6.3.2003, nach BBC PF, 8.3.2003.

⁴⁵ Zhongguo Xinwen She, 17.3.2003, nach BBC, 18.3.2003.

⁴⁶ Xinhua, 6.3.2003, nach BBC PF, 8.3.2003.

Neuer Handelsminister ist Lü Fuyuan, der, wie oben erwähnt, seit vergangenem Jahr Erfahrungen in den Handelsbeziehungen mit den USA sammeln konnte.

- Die bisherige Staatliche Kommission für Familienplanung wurde in „Staatliche Kommission für Bevölkerung und Familienplanung“ (engl. State Population and Family Planning Commission; chin. *Guojia renkou he jihua shengyu weiyuanhui*) umbenannt. Neben ihrem bisherigen Aufgabengebiet der Geburtenkontrolle wurden ihr erweiterte Kompetenzen im Bereich Bevölkerungspolitik übertragen. Leiter der Kommission bleibt weiterhin Zhang Weiqing, der das Amt bereits seit fünf Jahren bekleidet.⁴⁷
- Neu geschaffen wurde die „Aufsichtskommission für staatliches Vermögen“ (State Asset Management Commission, SAMC; chin. *Guoyou zichan jiandu guanli weiyuanhui*). Diese Kommission vereint Kompetenzen, die bislang bei der nun aufgelösten SETC im Bereich der Verwaltung von Staatsunternehmen, beim Finanzministerium und bei der Kommission für Unternehmen und Industrie lagen. Darüber hinaus waren bislang mit der Verwaltung staatlichen Vermögens in operativem Zusammenhang stehende Kompetenzen über die bisherige Staatliche Entwicklungskommission, die Organisationsabteilung des ZK der KPCh, das Ministerium für Personalwesen, das Ministerium für Zivile Angelegenheiten sowie das Ministerium für Arbeit und soziale Sicherung verstreut. Alle diese weit gestreuten Kompetenzen im organisatorischen, finanziellen und personellen Bereich sollen künftig in der Aufsichtskommission für staatliches Vermögen zusammengeführt werden, um eine einheitliche und effiziente Verwaltung staatlicher Vermögenswerte zu ermöglichen, die unterschiedlichen Angaben zu Folge auf 6 bis 12 Milliarden Yuan RMB geschätzt werden.⁴⁸

Im Sinne einer klareren Trennung von staatlichen Verwaltungs- und betrieblichen Managementaufgaben soll die neu geschaffene Kommission die rund 180.000 verbliebenen Staatsunternehmen (nicht eingeschlossen sind dabei Finanzgesellschaften) verwalten und deren weitere Reform leiten. Im Auftrag des Staates soll die Kommission eine Art Treuhandfunktion der staatlichen Vermögensverwaltung übernehmen und insbesondere die Entscheidung über weitere Privatisierungsschritte treffen. In den vergangenen Jahren war es bei der Privatisierung von Staatsunternehmen zur Veruntreuung erheblicher Vermögenswerte gekommen, – ein Umstand, den man durch die Zentralisierung der Verwaltungsaufsicht in diesem Bereich offenbar beheben will. Auch auf Provinz- und lokaler Ebene sollen künftig entsprechende Ableger der Aufsichtskommission für staatliches Vermögen gebildet werden, die dann die Verwaltung der von den Provinz- bzw. Stadtregierungen geführten Staatsunternehmen übernehmen sollen.⁴⁹ Internatio-

nale Kommentatoren befürchten, dass es im Zuge dieser Kompetenzneuordnung, die zugleich eine Neuordnung finanzieller Verfügungsrechte darstellt, gerade auf der lokalen Ebene zu erheblichen Interessenkonflikten kommen könnte.⁵⁰

Zum Direktor der neu geschaffenen Aufsichtskommission wurde Li Rongrong bestimmt, der zuletzt die nun aufgelöste SETC geleitet hatte. Der 58-jährige Li gilt als enger Vertrauter des scheidenden Ministerpräsidenten Zhu Rongji, in dessen Auftrag er die letzte Runde der Verwaltungsreform von 1998, insbesondere die Reorganisation der Staatlichen Planungskommission und der SETC, wesentlich mitgestaltet haben soll. Als entschlossenem Wirtschaftsreformer wird ihm allgemein zugetraut, die weitere Privatisierung des staatlichen Unternehmenssektors zügig voranzutreiben.⁵¹

- Neu geschaffen wurde ferner die Chinesische Bankenaufsichtskommission (engl. China Banking Regulatory Commission, CBRC; chin. *Zhongguo yinhangye jiandu guanli weiyuanhui*), die gemeinsam mit der bereits bestehenden Wertpapieraufsichtskommission und der Versicherungsaufsichtskommission die Sicherheit des chinesischen Banken- und Finanzsektors gewährleisten soll. Die Bildung dieser neuen Kommission ist als Reaktion auf zuletzt verstärkt wahrgenommene Defizite in der Aufsicht über den Bankensektor zu sehen, die bislang von der Chinesischen Volksbank als der Zentralbank des Landes geleistet wurde. Im Dilemma zwischen dem Auftrag monetärer Stabilisierung und der Vergabe „politischer Kredite“ an marode Staatsunternehmen entschieden sich die staatlichen Banken unter dem Druck lokaler Regierungen oftmals für letztere Option. Die Folge war ein stetiger Anstieg Not leidender Kredite. Nach dem Scheitern verschiedener Reformmaßnahmen vergangener Jahre, die darauf abzielten, die Unabhängigkeit der Zentralbank von staatlichen Einflüssen auf den verschiedenen administrativen Ebenen zu stärken, griff man nun zur rigorosen Maßnahme einer Auslagerung der Bankenaufsicht. Während die Chinesische Volksbank – entgegen zweijährigen heftigen Widerstands – künftig nur noch für die Gestaltung der Geldpolitik zuständig sein soll, übernimmt die neue Kommission deren Kompetenzen im Bereich der Aufsicht über Banken, Vermögensverwaltungsgesellschaften (Asset Management Companies, AMC), Treuhand- und Investmentgesellschaften und andere Finanzinstitutionen.⁵²

Nach den Vorstellungen der Initiatoren der jüngsten Reorganisationsmaßnahmen sollten sich die Volksbank und die neue Bankenaufsichtskommission in den Bereichen der Finanzaufsicht und der makroökonomischen Kontrolle „gegenseitig ergänzen und fördern“ und intensiv miteinander kommunizieren, um sich auf dem Finanzmarkt abzeichnende Risiken frühzei-

⁴⁷Ibid.

⁴⁸FT, 4., 5.3.2003; SCMP, 19.3.2003.

⁴⁹Xinhua, 6.3.2003, nach BBC PF, 8.3.2003; Zhongguo Xinwen She, 8.3.2003, nach BBC PF, 9.3.2003; NfA, 14.3.2003.

⁵⁰FT, 4.3.2003; SCMP, 7.3.2003.

⁵¹SCMP, 19.3.2003.

⁵²Xinhua, 6.3.2003, nach BBC PF, 8.3.2003; Zhongguo Xinwen She, 8.3.2003, nach BBC PF, 9.3.2003; RMRB (online), 3.4.2003, nach FBIS, 4.3.2003.

tig zu erkennen und entsprechend gegensteuern zu können.⁵³ Allerdings ist fraglich, ob ein solches kooperatives Arrangement angesichts der institutionellen Rivalität der beiden Organe tragfähig sein wird.

Zum Direktor der Bankenaufsichtskommission wurde Liu Mingkang ernannt, der zuletzt Chef der Bank of China war. Der 57-Jährige hat in Großbritannien einen MBA-Studiengang absolviert und gilt als erfahrener Banker. Nach seinem Amtsantritt kündigte er an, in seiner neuen Verantwortlichkeit besonderes Augenmerk auf das interne Risikomanagement der Banken und die Etablierung eines modernen „corporate governance“ im Bankensektor legen zu wollen.⁵⁴

- Zu erwähnen ist schließlich die Erweiterung des bisherigen Staatlichen Aufsichtsamts für Arzneimittel zum „Staatlichen Aufsichtsamt für Nahrungs- und Arzneimittel“ (engl. State Food and Drug Administration, SFAD; chin. *Guojia shipin yaopin jiandu guanli weiyuanhui*). Die Aufsichtsbehörde, die der US-amerikanischen Food and Drug Administration nachempfunden sein soll, wird künftig auch Kompetenzen des Gesundheitsministeriums im Bereich der Überwachung der Nahrungsmittel- und Kosmetikindustrie übernehmen. Das Gesundheitsministerium hatte die Aufsicht gerade im Nahrungsmittelbereich, wo es immer wieder zu Vergiftungsskandalen durch Pestizide und andere toxische Stoffe kommt, in den letzten Jahren nur noch unzureichend leisten können. Dennoch soll es der Auslagerung dieser Kompetenz erbitterten Widerstand entgegengesetzt haben – offenbar nicht zuletzt aufgrund der finanziellen Vorteile, die bei der Erhebung von Strafgeldern bei der Verletzung von Vorschriften der Nahrungsmittelhygiene anfallen. Außerdem erhält das reorganisierte Aufsichtsamt für Nahrungs- und Arzneimittel künftig die Autorität, Lizenzen für den Vertrieb pharmazeutischer Produkte zu erteilen, die bislang beim Staatlichen Verwaltungsamt für Industrie und Handel lag.⁵⁵ Direktor der Behörde bleibt auch nach der Reorganisation Zheng Xiaoyu, der die Behörde seit 1998 leitet.

Wie dieser veränderte Ressortzuschnitt zeigt, greifen die verschiedenen Reorganisationsmaßnahmen mehr oder weniger empfindlich in die Verteilung administrativer Kompetenzen und Verfügungsrechte und damit in die Interessenlagen einzelner Organe der Ministerialbürokratie ein. Teilweise konnten so langjährige Defizite aufgefangen sowie Reibungsverluste durch überlappende und konkurrierende Kompetenzen behoben werden. Insgesamt jedoch erscheint die jüngste Runde der Verwaltungsreform keineswegs als ein „großer Wurf“ zur Modernisierung der öffentlichen Verwaltung, der nach den vollmundigen Ankündigen vielleicht vom einen oder anderen erwartet worden war. Vielmehr erwecken sie den Eindruck einer Stückwerkreform, bestehend aus jenen Elementen, die nach dem Prinzip des geringsten Widerstands entgegen der Verteidigung angestammter Interessen der verschie-

denen betroffenen Staatsratsorgane gerade noch durchgesetzt werden konnten. So spricht die Tatsache für sich, dass die noch im Januar dieses Jahres anvisierten Reorganisationsmaßnahmen im Agrar-, Energie-, Telekommunikations- und Transportsektor sowie im Bereich der Personalverwaltung, der Beschäftigung und sozialen Sicherung und der Verwaltung ziviler Angelegenheiten offenbar nicht zustande gekommen sind.⁵⁶

Vor allem aber ist festzuhalten, dass die jüngste Runde der Verwaltungsreform in keiner Weise dem Anspruch einer „politischen Reform“ erfüllt, als die sie – im Tenor des „Geistes des XVI. Parteitags“ – noch zu Jahresbeginn angepriesen wurden. Die rein an Effizienzkriterien ausgerichteten Reorganisationsmaßnahmen implizieren weder erweiterte Mitsprache- und Konsultationsmöglichkeiten, noch verbesserte Mechanismen der Kontrolle über die staatlichen Organe. Gänzlich unangetastet bleibt insbesondere das Herrschaftsmonopol der KPCh, die durch ihre Personalpolitik und andere Kanäle weiter intensiven Einfluss auf den gesamten Verwaltungsapparat nehmen wird.⁵⁷

4 Betonung der „Volksnähe“ – eine tragfähige Legitimierungsstrategie?

Wenn die auf der NVK-Tagung angekündigten wirtschaftspolitischen und organisatorischen Maßnahmen im Ganzen auch eher den Eindruck politischer Kontinuität als tief greifender Veränderungen vermitteln, so gelang es der neuen Führungsspitze der Regierung um Hu Jintao und Wen Jiabao doch, eigene neue Akzente zu setzen. So weit den bisherigen Äußerungen der beiden Politiker in ihren neuen Funktionen als Staatspräsident bzw. Ministerpräsident zu entnehmen ist, sind sie offenbar bemüht, durch die Betonung einer besonders „volksnahen“ Einstellung politisches Profil zu gewinnen – ein Signal, das von den Medien des Landes wiederum gezielt verstärkt wird. Wichtige Elemente dieser von der neuen Regierung vermittelten „Volksnähe“ sind die persönliche Sorge um das Wohlergehen der im Reformprozess benachteiligten Gruppen – insbesondere verarmter ländlicher Bevölkerungsteile, städtischer Arbeitsloser und anderer einkommensschwacher Gruppen etwa in einigen Regionen im Westen Chinas –, aber auch der Einsatz für eine breitere Partizipation des Volkes im politischen Leben des Landes.

In der Rhetorik Hu Jintaos, die offenbar bewusst an bekannte Vorstellungen Mao Zedongs anknüpft, muss die Kommunistische Partei Chinas wieder in ihre ursprüngliche Rolle als „Dienerin des Volkes“ zurückfinden. Insbesondere sei der parteistaatlichen Führung unerbittlicher Einsatz und Aufopferungsbereitschaft für das Wohl des Volkes abzuverlangen. Traditionelle sozialistische Werte

⁵⁶Zu den anvisierten Maßnahmen in diesem Bereich s. C.a., 2003/1, Ü 7.

⁵⁷Zum ähnlich gelagerten spezielleren Fall so genannter „politischer Reformen“ in Shenzhen vgl. C.a., 2003/1, Ü 9, sowie Jörn-Carsten Gottwald, „Shenzhen als 'Special Political Zone'? Wie eine Verwaltungsreorganisation international als politische Reform vermarktet wird“, in: *China Analysis*, no. 21 (Februar 2003), www.chinapolitik.de/studien/china_analysis/no_21.pdf.

⁵³Xinhua, 6.3.2003, nach BBC PF, 8.3.2003.

⁵⁴Hong Kong AFP, 18.3.2003, nach FBIS, 18.3.2003; RMRB (online), 3.4.2003, nach FBIS, 4.3.2003.

⁵⁵Xinhua, 6.3.2003, nach BBC PF, 8.3.2003; SCMP, 19.3.2003.

wie ausgleichende soziale Gerechtigkeit, die Nähe zu den „Massen“ und eine patriarchisch gefärbte basisdemokratische Einbeziehung des Volkes, gerade auch der nicht den sozialen und wirtschaftlichen Eliten angehörenden Bevölkerungsteile, haben in den jüngeren Beiträgen Hu Jintaos Konjunktur. Gepaart sind diese sozialistischen Werte mit „aufgeklärten“ Vorstellungen moderner Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, die Hu Jintao seit seinem Amtsantritt als Generalsekretär der KPCh im November 2002 im Rahmen einer „Verfassungsoffensive“ auch im Politbüro wiederholt propagiert hat.⁵⁸

Auch Wen Jiabao pflegt als neuer Ministerpräsident gezielt ein volksnahes Profil, das allerdings stärker persönlich und emotional als ideologisch gefärbt erscheint. Entsprechend fiel insbesondere auch seine Selbstdarstellung während einer eineinhalbstündigen internationalen Pressekonferenz nach Abschluss der NVK-Tagung aus. Hier stellte er einleitend zunächst heraus, dass er ein „Mann des Volkes“ sei, der als Sohn einer Lehrerfamilie mit ländlichem Hintergrund die Härten des Zweiten Weltkrieges, der Aufbaujahre und der Kulturrevolution ebenso durchzustehen gehabt habe wie Hunderte Millionen seiner Landsleute auch. Die harte Schule, durch die er gegangen sei, habe ihn für die Nöte, Bedürfnisse und Erwartungen der Bevölkerung empfindlich gemacht. Aus eigener Anschauung kenne er die Situation in 1.800 der insgesamt 2.500 Kreise Chinas, die er im Laufe seines politischen Lebens bereist habe. Er sei sich der großen Verantwortung bewusst, die er mit dem Amt des Ministerpräsidenten übernehme, und wolle sich voll und ganz dem Dienst an seinem Land und seinem Volk widmen. Auch in seinem Programm für die Regierungsarbeit der kommenden Jahre, das er unter dem eingängigen Motto „Eins, zwei, drei, vier“⁵⁹ auf der Pressekonferenz vorstellte, nehmen die Verbesserung des Lebensstandards der breiten Bevölkerung, die Bekämpfung der ländlichen Armut und der städtischen Arbeitslosigkeit zentrale Bedeutung ein.⁶⁰

Diese Betonung der Volksnähe kann als eine „populäristische“ Strategie zur Schaffung politischer Legitimität der neuen Regierung interpretiert werden, die unter den gegebenen Bedingungen sicherlich nahe liegend ist. Angesichts der gravierenden sozioökonomischen Probleme wie wachsender Arbeitslosigkeit, ländlicher Armut und zunehmender Einkommensdisparitäten sowie einer steigenden

Protestbereitschaft marginalisierter Bevölkerungsteile erscheint diese Strategie als angemessene Antwort, um den verbreiteten Unmut aufzufangen und um sozialen Frieden und politische Stabilität zu wahren. Insbesondere die neue Führungsgeneration, die kaum noch eine angestammte Herrschaftsautorität für sich beanspruchen kann, sondern sich in erster Linie auf ihre technokratischen Kompetenzen und eine nur noch individuell vermittelte Herrschaftsmoral stützt, dürfte im Bereich der Wahrung sozialer Stabilität ihre größte Herausforderung erkennen.

In der längeren Frist könnte sich die auf diesem „populäristischen“ Weg erworbene politische Legitimität allerdings aus zweierlei Gründen als fragil erweisen.

Denn zum Ersten steht die Betonung der Nähe zur „einfachen Bevölkerung“ in einem doch zumindest impliziten Widerspruch zur politischen Orientierung der parteistaatlichen Führung Chinas in den vergangenen Jahren, die zunehmend auf eine Stärkung der neuen sozialen und wirtschaftlichen Eliten, eine moderne urbane Kultur und eine beschleunigte Globalisierung der chinesischen Wirtschaft gesetzt hatte. Markenzeichen dieser politischen Orientierung war zuletzt die international viel beachtete Kooptation von Privatunternehmern in die KPCh, wie Jiang Zemin sie als scheidender Generalsekretär mittels seiner Theorie der „Dreifachen Repräsentation“ noch auf den Weg gebracht hatte.⁶¹ Während die Dokumente des XVI. Parteitags der KPCh im November 2002 von diesen Ideen und Begriffen gewissermaßen noch überquollen, tauchen sie in den jüngsten Dokumenten der NVK-Tagung nur noch sehr sporadisch und in marginaler Position auf; stattdessen rangiert der Begriff des Volkes hier klar an erster Stelle. Zumindest rhetorisch erscheint die jüngste Akzentverschiebung damit als eine deutliche politische Kehrtwende weg von der durch Jiang verkörperten Mittelklasseorientierung und globalen Gewandtheit hin zu einer sozialstaatlichen Fürsorglichkeit mit sozialistischen bzw. patriarchischen Einschlägen. Sollte sich diese Reorientierung der neuen Führungsspitze in realpolitische Ansprüche verwandeln, so könnte dies mittelfristig nicht nur zu Brüchen im Wandel des Selbstverständnisses der KPCh und der parteistaatlichen Eliten führen, sondern auch erhebliche Zielkonflikte und Reibungsverluste bei der Umsetzung der gesteckten Prioritäten mit sich bringen.

Zum Zweiten erscheint die gewählte Strategie zur Sicherung der politischen Legitimität aber auch deshalb längerfristig als problematisch, weil sie Erwartungen weckt, die die neue Regierung nur sehr schwer wird einlösen können. Dies gilt in finanzieller ebenso wie in politischer Hinsicht. So dürften die Versprechungen umfassender sozialstaatlicher Sicherungen, groß angelegter Infrastrukturprojekte und fortgesetzter Maßnahmen zur konjunkturellen Stimulierung, sofern sie wahrgemacht werden, den ohnehin angespannten Haushalt der Zentralregierung in absehbarer Frist an seine Grenzen bringen. Bleibt die Führung jedoch hinter ihren jüngsten Versprechungen zurück und sieht sich nicht in der Lage, die nun geweckten Erwartungen der einkommensschwachen Bevölkerungsgruppen durch entsprechende fiskalische Maßnahmen zu erfüllen, riskiert sie erst recht eine soziale Destabilisierung.

⁵⁸So etwa in Xinhua, 4., 5.3.2003, nach BBC PF, 5., 6.3.2003; Zhongguo Xinwen She, 18.3.2003, nach BBC PF, 19.3.2003; XNA, 5., 9., 19.3.2003; *Ta Kung Pao*, 8.3.2003, nach FBIS, 8.3.2003; vgl. auch Lei Yiming, „Hu Jintao de qinmin xingxiang“ (Hu Jintaos volksnahe Gestalt), in: *Guangjiaojing*, no. 365 (2003/3), S.6-9: zu Hu Jintaos „Verfassungsoffensive“ vgl. C.a., 2002/12, Ü 10 sowie Holbig, *ibid.*, C.a., 2002/12, S.1412.

⁵⁹Das Motto bezieht sich auf „ein Ziel“, nämlich die Beibehaltung des relativ hohen Wirtschaftswachstums und die Verbesserung des Lebensstandards der Bevölkerung, „zwei Schlüsselpolitiken“, nämlich die wirtschaftliche Strukturreform und die weitere Öffnung des Landes, „drei Probleme“, nämlich Arbeitslosigkeit und soziale Sicherung, das Haushaltsdefizit und die Standardisierung der Marktordnung, sowie auf „vier Hauptaspekte der Reform“, nämlich die Reform der ländlichen Wirtschaft, der Staatsunternehmen, des Finanzsektors und der Verwaltung; s. CCTV, 18.3.2003, nach BBC PF, 19.3.2003; XNA, 19.3.2003, vgl. auch die Ausführungen zu Wen Jiabao im folgenden Beitrag von Liu Jen-Kai in diesem Heft.

⁶⁰Der Text der Pressekonferenz findet sich in chinesischer Sprache in RMRB, 19.3.2003, in englischer Sprache in CCTV, 18.3.2003, nach BBC PF, 19.3.2003.

⁶¹S. Heike Holbig, „Die KPCh öffnet sich für Privatunternehmer. Jiang Zemins theoretischer ‚Durchbruch‘ und die praktischen Konsequenzen“, in: C.a., 2001/7, S.739-746.

Ein ähnliches Dilemma könnte in den kommenden Jahren aber auch im politischen Bereich auf die zentrale Führung zukommen: So rufen die insbesondere von Hu Jintao ausgestrahlten Signale für eine breitere Beteiligung der Bevölkerung, für mehr Demokratie und Rechtsstaatlichkeit inzwischen verstärkt Erwartungen umfassender politischer Reformen hervor, die auch dem „einfachen Mann auf der Straße“ Möglichkeiten eröffnen würden, seine Interessen zur Geltung zu bringen und sich gegen Willkürakte der Obrigkeit zur Wehr zu setzen.⁶² Wie der jüngste Anlauf zu einer neuen Runde der Verwaltungsreform illustriert, für den in der chinesischen und internationalen Öffentlichkeit als einem tragenden Bestandteil der anvisierten „politischen Strukturreform“ geworben wird, erscheinen die Aussichten für eine „echte Demokratisierung“ des politischen Systems von innen heraus für die absehbare Zukunft aber als gering. Auch in diesem Bereich dürften die nun geweckten Erwartungen daher früher oder später enttäuscht werden. Selbst bei einer Fortsetzung der wirtschaftlichen Erfolgsbilanz der vergangenen Jahre dürfte die neue Regierung sich nur schwer vor den Gefahren einer Inflation gesellschaftlicher Erwartungen schützen können.

⁶²Vgl. etwa die Ergebnisse einer Meinungsumfrage unter 200.000 Internetnutzern in *Ta Kung Pao*, 1.3.2003, nach BBC PF, 4.3.2003.